

**Protokoll der Pressekonferenz
im Anschluss an die Sitzung
des Vorstands der Deutschen Bundesbank
am 16. Dezember 2002
- nach Bandaufnahme -**

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Das zu Ende gehende Jahr 2002 wird sicherlich als historisches Jahr in die Geschichte der Deutschen Bundesbank eingehen. Zunächst einmal brachte es das Ende der Deutschen Mark und die Euro-Bargeldeinführung. Dann wurde aus dem Zentralbankrat mit seinen bis zu 17 Mitgliedern, der noch die ersten vier Monate dieses Jahres die Bundesbank geleitet hat, ein Vorstand mit acht Mitgliedern: aus neun Landeszentralbanken mit Ländernamen wurden Hauptverwaltungen mit Ortsnamen, aus neun Vorständen mit zwei bis drei Mitgliedern und bis zu 26 Personen wurden neun weisungsgebundene Präsidenten. Durch klare Aufgabenabgrenzungen wurden Unklarheiten, Doppelarbeiten und Überlappungen beseitigt.

Am Ende des Jahres steht zunächst einmal von meiner Seite ein herzliches Wort des Dankes an die Vorstandskollegen und an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Deutschen Bundesbank. Mein Dank gilt aber auch Ihnen als den Vertretern der berichtstattenden Medien.

Was sich nicht geändert hat, ist die wichtigste Aufgabe für eine Notenbank: die Sicherung der Geldwertstabilität, bei der wir im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken mitwirken. Doch zunächst einige Worte zur weltwirtschaftlichen Lage, zur Lage in Europa und in Deutschland im Besonderen.

Die Erholung der Weltwirtschaft im dritten Quartal hat sich zwar fortgesetzt, aber sie ist immer noch ohne Eigendynamik. Die Frühindikatoren lassen auch für das vierte Quartal keine durchgängige Besserung erwarten. Die Bremswirkungen der globalen

Belastungsfaktoren, die das Vertrauen beeinträchtigen, wie die Unsicherheiten durch Kriegsgefahr und labile Situationen an Arbeitsmärkten, dürften auch noch in das kommende Jahr hineinreichen, wenn auch möglicherweise abnehmend.

Auch im Euro-Raum wird jetzt der konjunkturelle Durchbruch erst für die zweite Jahreshälfte 2003 erwartet.

In Deutschland befindet sich die Wirtschaft, man kann fast sagen durchgängig, in einem Stimmungstief. Das mäßige Wachstum der deutschen Wirtschaft im dritten Quartal war der verstärkten Abarbeitung von hohen Exportaufträgen und vermehrten PKW-Käufen zu verdanken. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen aber, insbesondere der Bausektor, ist nach wie vor schwach und hat die Talsohle noch nicht durchschritten. Gemessen an den Indikatoren ist die Vertrauens- und die Stimmungslage bei Verbrauchern und Investoren durchaus als schlecht zu bezeichnen. Und die Wachstumsraten für dieses Jahr - mag man nun noch über die Zehntelpunkte streiten - wird etwa zwischen 0 und 0,5 Prozentpunkten anzusiedeln sein.

Die monetären Bedingungen - um zum Kern unseres Geschäfts zu kommen - sind und waren für eine durchgreifende Erholung zweifellos günstig. Wenn ich sage *waren*, dann waren sie das auch schon vor der letzten Zinssenkung der EZB. Die Geldpolitik steht einer Wachstumsbelebung jedenfalls weiterhin nicht im Wege.

Die Zinsen am Geldmarkt und am Kapitalmarkt waren schon vor dem 5. Dezember ausgesprochen niedrig, und der Geldumlauf ist - an allen einschlägigen Indikatoren gemessen - mehr als reichlich. Er steht manchmal im Widerspruch zu dem, was nicht nur anekdotisch berichtet wird, sondern auch von den Zahlen her belegt ist, dass wir es mit einem relativ schwachen Kreditwachstum in Deutschland zu tun haben. Das wird in letzter Zeit häufig als restriktives Kreditangebotsverhalten der Banken interpretiert. Aber es gibt zwei Seiten einer Medaille. Nach dem Aktienkurseinbruch, insbesondere beim Neuen Markt, und des gestiegenen Insolvenzrisikos ist das Risikobewusstsein mancher Kreditverantwortlicher in den Banken gestiegen. Das ist natürlich auch im Interesse der Stabilität des gesamten Finanzsystems notwendig und begrüßenswert. Auf der anderen Seite werden in einer solchen konjunkturellen Situation Kredite auch weniger nachgefragt. Der Kern des Problems liegt eher in den ungünstigen Ertragsperspektiven und in den hohen Unsicherheiten im Unternehmenssektor selbst. Man kann hier auch darauf hinweisen,

dass es in der Vergangenheit aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität im deutschen Bankensektor leichter war, Fremdkapital zu bekommen und deshalb die Notwendigkeit, Eigenkapital zu bilden, nicht so ausgeprägt gewesen ist. Das hat hinsichtlich des größeren Risikobewusstseins in den Banken manchmal dazu führt, dass jetzt die Sicherheitenbasis für neue Kredite nicht ausreichend ist. Es handelt sich also hier nicht um ein monetäres Problem, und es ist deshalb auch nicht mit monetären Mitteln überwindbar.

Die Geldpolitik kann auf erfreuliche Stabilitätsfortschritte blicken: Seit Mai bewegt sich die Vorjahresrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex in Deutschland bei ungefähr 1 %, und an dem ruhigen Preisklima wird sich nach unserer Einschätzung auch voraussichtlich im nächsten Jahr nicht viel ändern. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit auch innerhalb der Europäischen Währungsunion, weil einige andere Länder höhere Inflationsraten aufzuweisen haben, und kräftigt die reale Kaufkraft der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

Manchmal wird auf der Suche nach Verantwortlichen für die unbefriedigende Wirtschaftslage der stabilitätspolitische Erfolg zum Anlass genommen, das Gespenst der Deflation an die Wand zu malen. Von einer solchen Situation sind wir aber weit entfernt. Und wenn man sich daran erinnert, dass in der ersten Hälfte dieses Jahres die deutsche Bevölkerung unter dem Stichwort „Euro gleich Teuro“ ganz andere Besorgnisse hinsichtlich der Inflationsentwicklung hatte, dann kommt einem das auch manchmal etwas merkwürdig vor.

Die Entwicklung der Immobilienpreise ist relativ stabil, die Aktienkursverluste sind in Deutschland nicht so groß gewesen wie in dem Wirtschaftsraum, der als Vergleichsmaßstab manchmal herangezogen wird. Und die europäische Geldpolitik hat im Vergleich zu Japan letztlich auch noch weiteren Spielraum.

Es ist überhaupt nicht zu beobachten, dass bisher Preissenkungserwartungen mit der Folge einer generellen Kaufzurückhaltung aufgetreten sind. Hier sei noch einmal auf das Phänomen der gefühlten Inflation verwiesen, das dazu beigetragen haben kann, Kaufzurückhaltung zu üben. Eine Deflationsspirale - also ein allgemeiner Preisverfall in Verbindung mit sich selbst verstärkendem Rezessionsdruck - ist auch von der Lohnkostenseite nicht angelegt. Die diesjährige Lohnrunde ist am Ende eher etwas stärker ausgefallen als wir uns gewünscht hatten. Insgesamt führt auch das soziale

Sicherungsnetz in Deutschland dazu, dass die Nachfrage nicht abrupt zurückgeht. Vergleiche, die zwischen der jetzigen Situation und der Zeit vor 1933 gezogen worden sind, sind insofern angesichts der damals gänzlich anderen Konstellation nicht angebracht.

Hinsichtlich der Finanzpolitik ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass es zu der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte keine Alternative gibt. Natürlich ist auch uns in der Bundesbank bewusst, dass man nicht durch abrupte Ausgabenkürzungen von dem einen auf den anderen Tag das Budgetkriterium von 3 % erreichen kann. Aber die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass sie an dem Konsolidierungskurs festhalten will. Positiv zu werten, und in der öffentlichen Diskussion vielleicht bisher noch gar nicht genug beachtet, sind die geplanten Einsparungen bei arbeitsmarktbedingten Ausgaben, die den größten Teil dieses Konsolidierungspaketes ausmachen.

Auf der anderen Seite gibt es Veränderungen bei den Subventionen, die vielleicht noch deutlicher ausfallen könnten. Seit diesem Wochenende zeichnet sich auch ab, dass jetzt bei der Besteuerung von Zinserträgen eine Neuregelung angestrebt wird, die gegenüber der bisherigen Regelung einfacher, transparenter und akzeptabler für die Steuerpflichtigen sein sollte. Auch wenn Einzelaspekte vielleicht nicht immer in die richtige Richtung weisen, muss man darauf hinweisen, dass es wirtschaftspolitisch keinen einfachen Weg gibt, bei dem man niemandem auf die Füße tritt. Manche der Maßnahmen wirken auch erst im Laufe der Zeit und nicht unmittelbar.

An den Erfordernissen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes muss festgehalten werden, weil sonst die Verunsicherung der Wirtschaft eher noch größer wird. Notwendig ist eine überzeugende und vertrauensstärkende Reformstrategie, wie sie ja von vielen vorgeschlagen worden ist und u. a. auch im Gutachten des Sachverständigenrates weitgehend empfohlen wird.

Es müssen die Lohnnebenkosten gesenkt werden, um mehr Wachstum zu erreichen. Es muss die Kapitalbildung erleichtert und es müssen Innovationen in Produkte und Prozesse gefördert werden. Die Arbeitsmärkte müssen flexibler werden, damit neue Beschäftigungschancen geschaffen werden. Die sozialen Sicherungssysteme müssen überprüft und an die Gegebenheiten und Herausforderungen angepasst werden. Schließlich muss auch die Finanzpolitik einen klaren Kurs verfolgen, der die

Wachstumskräfte stärkt. Soweit aus unserer Sicht die aktuelle wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Lage.

Bundesbank-Vizepräsident Dr. Jürgen Stark

Nachdem, was Herr Welteke gesagt hat, stellt sich die Frage: Wie fügt sich das in das Bild ein, das wir im Augenblick von der Weltwirtschaft haben?

Insgesamt fehlt es der Weltwirtschaft an der erforderlichen Dynamik. Dies ist auf viele Faktoren zurückzuführen. Natürlich spielen die geopolitischen Unsicherheiten eine wesentliche Rolle, insbesondere auch, was die Vereinigten Staaten - aber zum Teil auch die europäischen Volkswirtschaften - angeht. Wir haben heute noch mit den Exzessen der Vergangenheit zu kämpfen, mit den Überkapazitäten, die insbesondere in den Vereinigten Staaten aufgebaut worden sind. Hier befinden wir uns in einer tückischen Nach-Bubble--Phase, in der Korrekturen stattfinden.

Insgesamt kann man sagen, dass die ursprünglichen Aufschwungerwartungen - eine Beschleunigung im zweiten Halbjahr diesen Jahres für die Weltwirtschaft - sowohl für Europa als auch für den Rest der Welt voraussichtlich um etwa ein Jahr verschoben werden müssen. Dafür sprechen u. a. die Erwartungen, dass der Welthandel im kommenden Jahr deutlich anziehen wird, der im Jahr 2001 zum ersten Mal seit langer Zeit schrumpfte, dann in diesem Jahr leicht zugenommen hat. Eine Zunahme des Welthandelsvolumens von etwa 6 bis 8 % wird für das kommende Jahr von den internationalen Institutionen erwartet. Die Frage ist nur: Von welcher Region geht die Dynamik aus? Hier richten sich erstaunlicherweise die Aufmerksamkeiten ausschließlich auf die Vereinigten Staaten, trotz aller Probleme, trotz der gemischten Signale, die wir aus den verschiedenen Indikatoren über die US-Ökonomie erhalten. Die Erwartung ist, dass die amerikanische Volkswirtschaft einmal mehr die Lokomotive spielen wird mit einer Wachstumsrate, die in diesem Jahr etwa bei 2,5 % und im kommenden Jahr etwa bei 3,5 % laut IWF und anderen Institutionen liegen dürfte. Wir haben allerdings - neben diesem globalen Wachstumspol - einen weiteren globalen Wachstumspol. Der ist im nördlichen Teil Asiens zu identifizieren, insbesondere in China und Korea mit Wachstumsraten zwischen 6 und 7 %. Wir sehen im Augenblick also zwei Pole.

Wir müssen allerdings bei Zahlen, die wir aus verschiedenen Regionen bekommen, etwas vorsichtig sein in der Interpretation und in der Vergleichbarkeit. Japan wird sich

wahrscheinlich - so internationale Institutionen - langsam aus der Rezession heraus bewegen können. Ob dies nachhaltig der Fall sein wird, bleibt zunächst einmal eine - solange die strukturellen Probleme, die Japan hat, nicht beseitigt sind – offene Frage. Insbesondere geht es um die Beseitigung der „faulen Kredite“ im Bankensektor. Sie sind ein wesentliches Hemmnis dafür, das der Transmissionskanal zwischen Geldpolitik und realer Wirtschaft nicht mehr so funktioniert, wie wir das gewohnt waren.

Ein anderer Faktor, der sicherlich Unsicherheit in die Weltwirtschaft hineinbringt, ist die Frage, wie sich die Volkswirtschaften in Südamerika weiterentwickeln werden. Hier haben wir das Problemland Argentinien, das sich in diesem Jahr in einer fortgesetzten und tiefen Rezession mit einem negativen Wachstum im zweistelligen Bereich befindet. Die Frage ist auch, wie der neue Präsident und die neue Administration in Brasilien mit den Problemen und in Gesprächen mit dem IWF umgehen werden. Sie wissen von den politischen Problemen, die es in anderen Ländern Südamerikas gibt. Dies ist für den gesamten Subkontinent insgesamt wenig erfreulich.

Im Gegensatz zu Südamerika haben wir eine weitgehend erfreuliche Entwicklung im Bereich Südostasiens mit Wachstumsraten zwischen 3,5 und 5 % im Durchschnitt. Länder, die sich ebenfalls zwischen 1997 und 1999 in tiefen Krisen befunden haben, haben sich durch eine stabilitätsorientierte makroökonomische Politik, durch Strukturreformen, durch Sanierung des Bankensystems, durch effiziente Aufsicht, durch Anwendung der international akzeptierten Kodizes und Standards einen Status wiedererkämpft, dem wir Anerkennung zollen.

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Eine Ergänzung zum Thema Bankenaufsicht: Am 22. März ist nicht nur das Gesetz über die Strukturreform der Bundesbank durch den Bundesrat verabschiedet worden, sondern auch das Gesetz zur Schaffung einer Allfinanzaufsicht, das die ehemaligen Bundesaufsichtsämter für das Kreditwesen, das Versicherungswesen und den Wertpapierhandel in der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vereint. Mit der BAFin haben wir inzwischen eine Vereinbarung geschlossen, die die operative Bankenaufsicht weitgehendst im Verantwortungsbereich der Bundesbank belässt. Das umfasst neben den regelmäßigen bankgeschäftlichen Prüfungen die Auswertung der von den Kreditinstituten eingereichten Unterlagen (Meldungen, Jahresabschlüsse, Prüfungsberichte). Die BAFin übernimmt dann die Verantwortung für alle hoheitlichen

Maßnahmen und wird sich nur ausnahmsweise in bankgeschäftliche Prüfungen einschalten. Diese Vereinbarung wird von uns durchaus positiv gewertet, weil sie Doppelarbeit vermeidet und zu einer höheren Kosteneffizienz beiträgt.

In Sachen Basel II gehen die Arbeiten weiter voran. Die so genannte dritte Auswirkungsstudie ist auf den Weg gebracht worden. An ihr wirken auch ca. 50 Banken aus allen Bankengruppen der Bundesrepublik Deutschland mit. Die Ergebnisse fließen in das Dritte Konsultationspapier ein, das der Baseler Ausschuss im Mai veröffentlichen will. Das Abkommen soll im Spätherbst durch Basel II verabschiedet werden und Ende 2006 in Kraft treten.

Zugleich arbeitet die EU-Kommission an der Umsetzung von Basel II in das bankaufsichtliche Regelwerk, denn Basel II richtet sich zunächst nur an die international tätigen Banken und muss umgesetzt werden.

Und schließlich: Neuregelung der Aufsicht in Europa. Bisher erfolgte die Setzung der Aufsichtsregeln im Zusammenspiel von Kommission, ECOFIN-Rat und dem Europäischen Parlament. Unter Hinzuziehung des Beratenden Bankenausschusses hat der ECOFIN-Rat die Europäische Kommission beauftragt, die Übertragung des Lamfalussy-Modells auf die Banken, Versicherungen und Finanzkonglomerate vorzubereiten. Das findet bisher nicht unsere volle Zustimmung, und es wird sich erst zeigen, ob das wirklich sinnvoll ist und ob es funktioniert.

Ein weiterer Punkt, den ich noch ansprechen wollte, ist die Euro-Bargeldeinführung. Bis Ende November waren im gesamten Eurosystem wertmäßig 326 Mrd. Euro-Banknoten (7,4 Mrd. Stück) und 12 Mrd. Euro Münzen (38,7 Mrd. Stück) in Umlauf. Davon entfielen auf Deutschland wertmäßig 118 Mrd. Euro-Noten (2,6 Mrd. Stück) und 3,4 Mrd. Euro Münzen (10,9 Mrd. Münzen).

Der DM-Rücklauf ist immer noch im Gang. Noch immer stehen rund 200 Mio. Banknoten im Wert von 9,5 Mrd. D-Mark aus.

Bei den DM-Münzen sind das 25 Mrd. Stück im Wert von 7,5 Mrd. D-Mark, die noch ausstehen.

Frage:

Wie sehen Sie die Äußerungen von Herrn Breuer?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Erfahrungsgemäß setzen die Banken Notenbankzinserhöhungen ziemlich schnell um, Notenbankzinssenkungen dagegen etwas schleppender. Ich hoffe nicht nur, sondern gehe auch davon aus, dass der Wettbewerb unter den Banken gerade in Deutschland dazu führt, dass die jüngst beschlossene Zinssenkung auch an die Kunden weitergegeben wird.

Frage:

Das war jetzt eine diplomatische Antwort, könnten Sie vielleicht eine geldpolitische Antwort geben? Was halten Sie davon, wenn der Repräsentant eines wichtigen Bankenverbandes ein Gegensignal zu dem gibt, was die EZB sagt?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Ich habe die Äußerungen anderer, die ich nicht selbst gehört habe, nicht zu kritisieren und zu kommentieren. Ich bleibe dabei und ich gehe davon aus, dass der Wettbewerb in unserem Bankensystem dazu führt, dass diese Zinssenkung, wenn auch mit der üblichen Verzögerung, an die Kunden weitergegeben wird. Vielleicht führt die Äußerung von Herrn Breuer auch dazu, dass die Bankkunden nach der Weitergabe der Zinssenkung fragen werden. Vielleicht geht es dadurch eher schneller als langsamer.

Frage:

Sie haben in einem Interview vor acht Tagen geäußert, dass die 2 % Stabilitätsgrenze der EZB vielleicht doch etwas zu knapp oder zumindest überdenkenswert sei. Ist das eine Reflektion von Ihnen, Herr Welteke, oder wird das auch im EZB-Rat diskutiert?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Ich habe gesagt, dass man darüber diskutieren kann, ob diese 2 % nicht zu ehrgeizig sind. Die Betonung liegt auf „man kann“. Das steht aber auch im Zusammenhang mit der Ankündigung, dass wir im kommenden Jahr die Strategie und alles, was der EZB-Rat beschlossen hat, diskutieren werden. Das heißt nicht, und das betone ich ausdrücklich, dass sich irgendetwas ändern muss.

Frage:

Sie halten die 2 %-Grenze also nicht für zu ehrgeizig?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Ich würde es geradezu für problematisch halten, dies überhaupt in Frage zu stellen. Dass man darüber diskutieren kann, halte ich aber durchaus für möglich.

Frage:

Herr Welteke, könnten Sie sich vielleicht zu der geplanten Abgeltungssteuer äußern und in diesem Zusammenhang auch zu den Maßnahmen, eine Amnestie einzuführen? Welche Schritte halten Sie für sinnvoll, damit das Kapital wieder nach Deutschland zurückkehrt?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Ich hätte es begrüßt, wenn eine einheitliche europäische Lösung zustande gekommen wäre, die auch diesen Teil des Einkommens der persönlichen Steuer unterwerfen würde. Aber nach so vielen Jahren der fruchtlosen Diskussion habe ich den Eindruck, dass keine Übereinkunft zu erreichen ist. Dann muss man die „second-best“ Lösung anstreben, die nicht das höchste Maß an steuerlicher Gerechtigkeit mit sich bringen kann. Meine Position ist, dass eine Abgeltungssteuer sehr viel mehr Transparenz und sehr viel weniger Bürokratie nach sich ziehen würde. Wenn es gelingen würde, gleichzeitig eine Lösung zu finden, das im Ausland angelegte Geldvermögen wieder auf deutsche Konten zu transferieren und damit vor allen Dingen auch wieder zum Rechtsfrieden beizutragen, würde ich das durchaus begrüßen.

Frage:

Wohin sollen diese Diskussionen führen, die der EZB-Präsident angekündigt hat? Wird es eine Änderung der Geldpolitikstrategie geben? Woher kommt der Impuls, diese Diskussion zu führen?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Sie kennen die Äußerungen: „We are still very satisfied with our strategy. The decision to undertake a serious evaluation of our experience with the strategy after four years does not necessarily imply that there is a need for any changes.“

Frage:

Das war keine neue Erkenntnis. Warum diskutiert man die Strategie, wenn man damit zufrieden ist?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Die EZB ist eine Institution, die ihre Beschlüsse ernst nimmt. Im EWI-Rat wurde 1998 festgelegt, dass man die Strategie nach vierjähriger Erfahrung noch einmal diskutiert. Das heißt nicht, dass es eine Notwendigkeit zur Veränderung gibt.

Frage:

Der Euro ist jetzt über die Parität geklettert. Was bedeutet das für die Geldpolitik? Sind Sie damit zufrieden?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Das heißt, dass der Dollar preiswerter geworden ist und der Euro teurer. Sinkende Importpreise verringern den Druck auf die Preise. Möglicherweise kann man dadurch Heizöl zu niedrigeren Preisen erwerben und es bleibt Kaufkraft übrig für andere Güter und Dienstleistungen.

Frage:

Was bedeutet das für die Geldpolitik? Gibt es mehr Spielraum?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Das Erreichen unserer Preisperspektiven wird erleichtert.

Frage:

Was erwarten Sie von der IWF-Untersuchung des deutschen Bankensystems im letzten Jahr? Ist die Bundesbank daran beteiligt? Woran sollen wir die Leistungen der Bundesbank im Jahr 2002 messen? Was wären die Maßstäbe?

Bundesbankvizepräsident Dr. Jürgen Stark:

Das „Financial Sector Assessment Program“ hat in diesem Monat mit konkreten Fragestellungen an die deutsche Seite begonnen. In zwei Etappen, im Februar und im April nächsten Jahres, werden sich IWF-Delegationen in Deutschland aufhalten, um den deutschen Finanzsektor zu überprüfen. Es geht insbesondere um die Umsetzung der

verschiedenen Standards und Codizes bei der Bankenaufsicht aber auch im Finanzsektor insgesamt. Natürlich ist die Bundesbank in diesen Prozess involviert. Das Bundesfinanzministerium, die BAFin und die Deutsche Bundesbank arbeiten eng mit den Marktteilnehmern zusammen. Wir versuchen unsere Position mit Politik, Aufsehern und den Marktteilnehmern zu koordinieren. Wir haben intern schon mit den Vorbereitungen begonnen, um zu den Fragen, die an uns gerichtet werden, Stellung nehmen zu können. Im Übrigen sind es nicht nur Mitarbeiter des IWF, sondern auch Vertreter anderer Aufsichtsinstitutionen und Zentralbanken, die gemeinsam diese Mission durchführen.

Frage:

Was erwarten Sie an Ergebnissen?

Bundesbank-Vizepräsident Dr. Jürgen Stark:

Das muss man abwarten. Es geht in erster Linie um die Umsetzung der internationalen Standards und Codizes. Wir befinden uns in der Spitzengruppe und haben nichts zu befürchten. Es geht natürlich auch um die Frage der Systemstabilität.

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Selbstverständlich ist die Bargeldeinführung das herausragende Ereignis in diesem Jahr gewesen. Was mich besonders berührt ist die Tatsache, dass dabei die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Filialen eine gewaltige Arbeitsleistung erbracht haben, die man nicht hoch genug bewerten kann. Und gleichzeitig muss man hinzufügen, dass die Umstrukturierung der Deutschen Bundesbank in den nächsten drei bis fünf Jahren den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ziemlich viel abverlangt. Schon im kommenden Jahr werden wir 20 Filialen schließen, in denen die Mitarbeiter in diesem Frühjahr erhebliche Überstunden und Arbeit geleistet haben. Das wirkt weniger nach außen als nach innen und ist erwähnenswert.

Frage:

Wie viel Geld Sie für den Bund verdient haben, möchten Sie nicht sagen?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Weniger als im vergangenen Jahr, weil die Zinsen gesunken sind.

Frage:

Die EZB hat die Projektionen für das Euroland veröffentlicht. Die Bundesbankexperten haben da sicher auch ihre Projektionen eingebracht. Warum veröffentlicht die Bundesbank nicht eigene Projektionen, wie dies das Nachbarland Österreich seit Jahren detailliert macht? Wäre es nicht gut für die öffentliche Diskussion in Deutschland, wenn die Bundesbank den Mut hätte, die deutschen Positionen zu veröffentlichen und auch zu begründen? Das würde der Glaubwürdigkeit der Geldpolitik im gesamten Euroland und in Deutschland doch helfen, oder?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Das hat zum einen mit dem Rhythmus der Veröffentlichungen zu tun. Heute zum Beispiel ist der Monatsbericht der Bundesbank erschienen, letzte Woche die Projektion der EZB. Wie aber auch nicht ganz unbemerkt geblieben sein wird, haben wir uns in der Bundesbank angesichts der „staff projections“ der EZB sehr schwer mit der Frage getan, ob wir eine eigene Projektion veröffentlichen sollen. Einer der Gründe liegt diesmal offen zu Tage: So wurde die Projektion zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, als die Zinssenkung noch nicht beschlossen war. Sie geht also von einem Hauptrefinanzierungssatz von 3,25 % aus. Jetzt liegen wir bei 2,75%, und damit kann die Projektion von voriger Woche eigentlich schon gar nicht mehr stimmen. Aus unserer Sicht ist das Ganze aufgrund des Zusammenhangs zwischen Projektion und dem daraus möglicherweise entstehenden Handlungszwang für die Notenbank nicht so hilfreich.

Ich beziehe Ihre Frage, ob wir vielleicht etwas mutiger sein könnten, darauf, dass wir auch die deutsche makroökonomische Lage im Monatsbericht beschreiben und stärker auf Sonderfaktoren in Deutschland hinweisen könnten. Das ist sicher überlegenswert. In den Monatsberichten tun wir dies bisher verhalten. Allerdings weisen wir in Vorträgen und in Aufsätzen auf Sonderfaktoren in Deutschland hin.

Frage:

Welchen konjunkturellen Ausblick sehen Sie für das kommende Jahr? Zweitens haben Sie eben mit Blick auf Japan gesagt, die EZB habe noch geldpolitischen Spielraum. Die dritte Frage bezieht sich auf das Bundesbankgold. Sie sagten an anderer Stelle, dass Sie beabsichtigen, das Gold nach und nach in zinstragende Aktiva umzuschichten.

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Ihre letzte Frage zuerst: Das Goldabkommen gilt noch. Dazu gibt es nichts Neues. Bereits mehrfach haben wir verkündet, dass wir uns im Falle einer möglichen Verlängerung des Goldabkommens dafür einsetzen, dass auch die Deutsche Bundesbank einen Teil ihrer Goldbestände in Höhe von knapp dreieinhalbtausend Tonnen verkaufen kann. Unter welchen Bedingungen diese Option dann genutzt wird, ist noch eine offene Frage. Sie kennen meine persönliche Meinung: Ich würde die beim Goldverkauf realisierten Gewinne nicht gerne an den Bundesfinanzminister ausschütten. Eher würde ich eine Lösung bevorzugen, nach der die Gewinne in ein ertragbringendes Aktivum umgewandelt werden. Die hieraus resultierenden Einkünfte könnten dann dauerhaft für den Bundeshaushalt zur Verfügung stehen. Das würde aber eine Änderung des Bundesbankgesetzes erfordern, und das erfordert politische Unterstützung. Die gibt es bisher nicht. Da das Goldabkommen 2004 ausläuft, werden wir aber sicherlich in nicht all zu ferner Zukunft Gespräche mit den zuständigen Stellen aufnehmen müssen.

Zu Ihrer zweiten Frage zum geldpolitischen Spielraum: Immer wieder wird der Vergleich gezogen, wir befänden uns in einer ähnlichen Situation wie Japan. In diesem Zusammenhang habe ich darauf hingewiesen, dass Zinsspielräume in Europa nicht in gleicher Weise verbraucht sind, wie das in Japan der Fall ist. Das möchte ich keinesfalls als Hinweis verstanden wissen, dass die Zinsen im Laufe der weiteren konjunkturellen Entwicklung – egal in welche Richtung - zur Diskussion stünden. Wir wären wirklich nicht klug beraten, kurz nach der Zinssenkung vom 5. Dezember gleich wieder eine neue Zinsdiskussion in Gang zu setzen.

Was die konjunkturelle Entwicklung in Europa angeht, haben wir für das kommende Jahr ein ähnliches Verlaufsmuster prognostiziert, wie wir bzw. andere es in diesem Jahr prognostiziert hatten: ein schwacher Verlauf im ersten Halbjahr, dann aber ein deutlicher Anstieg im zweiten Halbjahr bis in die Nähe des Potenzialwachstums. Was kann man an positiven Aspekten hinzufügen? Die OECD prognostiziert für das kommende Jahr ein deutliches Anziehen des Welthandels. Dabei ist aber die entscheidende Frage, wie sich die geopolitische Lage und die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten gestalten. Für den Euro-Raum wird der zunehmende Rückgang der Inflationsraten zu mehr Kaufkraft und damit Nachfrage führen. Läger müssen wieder aufgefüllt werden. Die Finanzierungsbedingungen sind außerordentlich günstig. Die Lohnstückkostenentwicklung

dürfte im kommenden Jahr relativ verhalten sein. Insgesamt wird also von einer ganzen Reihe von Faktoren eine positive Wirkung ausgehen.

Frage:

Sind Sie zufrieden damit, wie die Diskussion über das Rotationsmodell im EZB-Rat gelaufen ist? Was passiert, wenn Deutschland ein Jahr nicht mit abstimmen wird?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Details der bei der letzten Ratssitzung gefundenen Grundübereinstimmung müssen noch geklärt werden. Dazu gehört beispielsweise die Frage der Rotationsperiode. Nach dem jetzigen Modell würde die Gruppe, in die Deutschland fällt, fünf Länder umfassen, einschließlich des Vereinigten Königreiches. Diese fünf Länder hätten vier Stimmrechte. Geht man von Monatsperioden aus, würde also innerhalb von fünf Monaten jeweils der Gouverneur eines dieser fünf großen Länder einen Monat lang kein Stimmrecht haben. Bis die Neuregelung in Kraft gesetzt werden kann, bedarf es noch einer ganzen Reihe von Schritten bis zur nationalen Ratifizierung. Es wird also noch eine Weile dauern, bis ein deutscher Notenbankgouverneur einmal kein Stimmrecht in einer EZB-Ratssitzung hat.

Frage:

Wissen Sie schon, wann die EZB die Details zu diesem Konzept bekannt geben wird?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Wenn der Nizza-Vertrag ratifiziert ist, der ja überhaupt erst die rechtliche Grundlage für diesen Vorschlag schafft.

Frage:

Noch einmal zur geldpolitischen Strategie der EZB: Herr Welteke, Sie gelten nicht als Freund der Säule eins bzw. der monetären Analyse. Sollte Ihrer Auffassung nach damit fortgefahren werden?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Seit sieben Jahren erlebe ich diese Strategie-Diskussion unter Notenbanken. Und zum Schluss – dies ist meine persönliche Meinung – stellt man dann fest, dass sich die praktische Geldpolitik nur marginal voneinander unterscheidet. Ich kenne keine

Notenbank, die die Geldmengenentwicklung nicht mit berücksichtigt. Ob sie das immer explizit als Strategie bezeichnet, ist eine andere Frage.

Man müsste mich noch mit guten Argumenten überzeugen, dass wir an der gegenwärtigen Strategie etwas verändern sollten. Denn sobald wir uns wieder in einer anderen konjunkturellen Situation befinden, hat die Geldmengenentwicklung wahrscheinlich eine andere Aussagekraft als im Augenblick. Deshalb finde ich, dass man eine Strategie haben muss, die auch durch unterschiedliche Situationen hindurch trägt. Man kann nicht beliebig – je nachdem, in welcher konjunkturellen Situation man sich befindet – die Strategie verändern oder die Definition dessen, was man unter Preisniveaustabilität verstehen will.

Frage:

EU-Kommissar Pedro Solbes sagte, ein oder zwei Länder könnten ab 2007 Mitglieder der Euro-Zone werden.

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Wir müssen nach Kopenhagen davon ausgehen, dass 2004 zehn Länder zur Europäischen Union stoßen. Alle diese Länder sind gewillt, möglichst rasch auch der Euro-Zone beizutreten. Das kann unter den gegebenen Bedingungen für die ersten Länder erst Ende 2006 bzw. 2007 der Fall sein. Diese müssen die Maastricht-Kriterien erfüllen. Das sind die fünf nominalen Kriterien, weitere Kriterien sind die Wettbewerbsfähigkeit, die Unabhängigkeit der Notenbanken, die Etablierung der Bankenaufsicht etc. Auf der Grundlage der Konvergenzberichte der Kommission und des EZB-Rats müssen die Staats- und Regierungschefs dann über den Beitritt eines Landes zur Europäischen Währungsunion entscheiden.

Denkbar ist, dass die ersten Länder im Jahr 2007 beitreten. Ich bin aber sehr dafür, den Prozess nicht zu überstürzen und nicht Hoffnungen zu wecken, die möglicherweise enttäuscht werden könnten. Wir sollten sowohl im Interesse der bestehenden Europäischen Währungsunion als auch im Interesse der beitriftswilligen Länder Qualität vor Tempo gehen lassen.

Frage:

Was antworten Sie Kritikern, die sagen, Deutschland sei währungspolitisch der Verlierer der Währungsunion?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Darauf antworte ich ähnlich wie im Hinblick auf die Nettozahlerdiskussion, die wir auch schon geführt haben: Die qualitativen Gewinne der weiter gehenden Integration kann man nicht unmittelbar erkennen. Ich bin der Überzeugung, dass sich die Währungsunion nach wie vor auch für Deutschland auszahlt. Man bedenke nur, welchen externen Schocks wir in den letzten vier Jahren ausgesetzt gewesen waren: Jugoslawienkrieg, Ölpreisverdreifachung innerhalb eines Jahres. Hinzu kam der Einbruch an den Aktienmärkten. Man kann mit guten Argumenten darauf hinweisen, dass es ohne die Europäische Währungsunion (und in den Jahren zuvor, wenn man den ganzen Konvergenzprozess noch mit hinzuzieht) vermutlich so oft zu Verwerfungen im Wechselkurs der D-Mark zu den Währungen der anderen europäischen Wettbewerber gekommen wäre, dass die Nachteile insgesamt größer gewesen wären.

Bundesbank-Vizepräsident Dr. Jürgen Stark:

Der Schutzschild, den die D-Mark für die deutsche Volkswirtschaft dargestellt hat, ist natürlich weg. Es ist aber wichtig festzustellen, dass das Wissen, dass überall in Europa niedrige Zinsen vorhanden sind, verstärkt Anstrengungen auf Seiten der deutschen Politik erfordert. Es war von vornherein klar, dass die Flexibilität der Märkte an der Spitze der Prioritätenliste der Politik zu stehen hat. Das ist etwas, woran man sich jetzt ausrichtet, was aber rascher hätte durchgezogen werden können.

Wir haben im langfristigen Bereich weitgehend ein einheitliches Zinsniveau. Allerdings haben einige Länder in der Währungsunion bisher von diesem Vorteil in der Umsetzung in mehr wirtschaftliche Dynamik keinen Gebrauch gemacht.

Frage:

Hat der Vorstand der Bundesbank bereits über die Details der Strukturreform entschieden? Das sollte ja im Dezember geschehen.

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Die Grobstruktur der Bundesbank haben wir Ihnen bereits vor einigen Monaten erläutert. In der Feinstruktur haben wir im Grunde genommen nur die Zuordnung der jeweiligen Besoldungsgruppen zu den neu entstehenden Stellen beschlossen. Darüber hinaus sind keine gravierenden Veränderungen mehr beschlossen worden. Die Umsetzung ist schon im Gang. Für die so genannten Servicezentren sind die ersten Mitarbeiterstellen bereits ausgeschrieben.